

Im Amt hilft ein Verein weiter

„Mut-Wehr“ aus dem Maifeld will bei strittigen Fragen helfen – Polin darf nach Intervention weiter Hartz-IV-Bezüge bekommen

„Hüter der menschlichen Würde beim Umgang mit Behörden und Gerichten“ wollen sie, etwas pathetisch formuliert, sein. Dazu haben sich einige engagierte Bürger vom Maifeld zusammengetan.

Maifeld. Sie verstehen sich als Mittler zwischen Bürger und Amt: Zu diesem Zweck haben sich kürzlich Bürger aus dem Maifeld im Verein „Mut-Wehr“, Initiative zur Selbsthilfe, zusammengeschlossen.

Der eingetragene Verein unterstützt Bürger, die mit Ämtern aller Art ein Problem haben. Oftmals sind es unverständene Formulare, manchmal offenbar auch die Willkür eines Bearbeiters, die den Antragsteller verzweifeln lassen, sagt der Vorsitzende von „Mut-Wehr“, Jürgen O. Stange. Ebenso stellen sprachliche Barrieren von Migranten ein Problem im Amt dar. Sogar grundgesetzwidrige Sanktionen könnten die Folge sein.

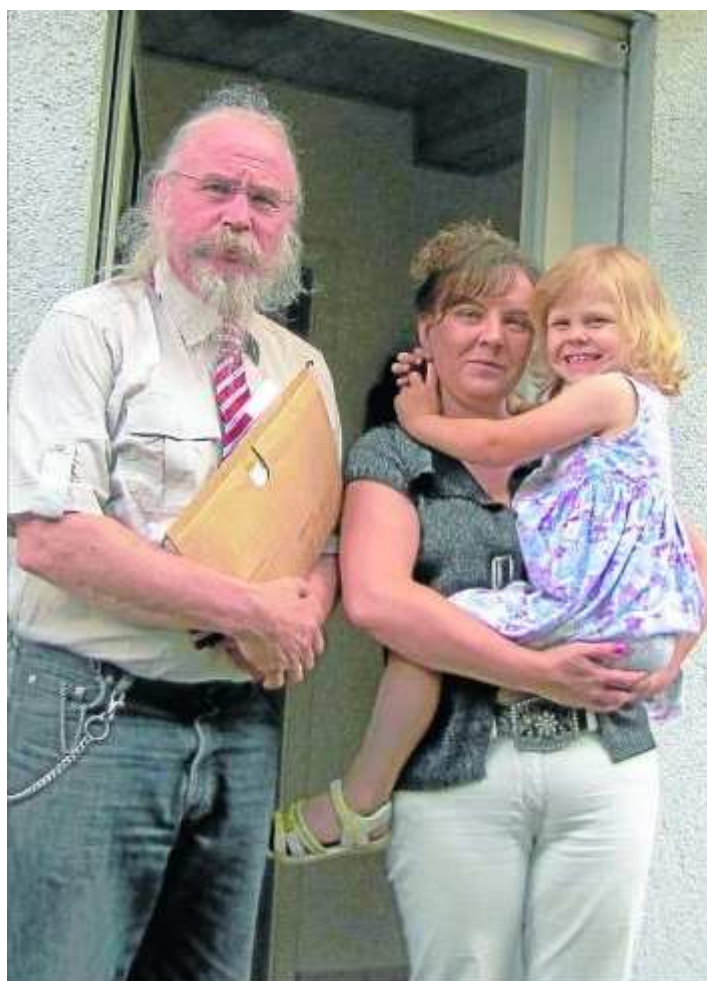
Der Ochtendunger freut sich, dass sein Verein gleich einer gebürtigen Polin helfen konnte. Die junge Mutter ist Hartz-IV-Empfängerin und hat in Polen einen Anteil an einer Wohnung geerbt, die nicht vermietet war. Weil die Frau die Formulare der Arbeitsgemeinschaft Mayen-Koblenz (Arge MYK) nicht verstand und das Falsche angekreuzt hatte, habe man ihre Zahlungen mit dem Hinweis, sie müsse erst ihren Anteil an der Wohnung in Polen verkaufen, eingestellt. Plötzlich stand die Mutter ohne einen Cent da.

Stange begleitete sie aufs Amt, und innerhalb kürzester Zeit bekam sie rückwirkend ihr Geld. Der Geschäftsführer der Arge MYK, Rolf Koch, erklärte dazu, dass einem Antragsteller, der über Vermögen verfügt und nicht mitwirkt, die Leistungen versagt werden können. Deswegen begrüßt Koch die Initiative des neuen Vereins: „Eine schnelle Lösung von Missverständnissen ist für alle Beteiligten hilfreich!“

Der Verein betrachtet sich nicht als Gegner der Vertreter der Ämter und Gerichte, sondern er bietet ihnen nach eigener Aussage „eine sachliche Gesprächsgrundlage in strittigen Positionen“ an. Bislang sei man ihm immer mit großem Respekt begegnet, stellt Stange fest. „Wir machen keine Rechtsberatung, aber wir erklären Regularien und helfen mit unserem Wissen, das wir durch Erfahrung und einschlägige Literatur erlangt haben“, sagt Stange.

Der Verein plant eine Dokumentation, die belegen soll, dass der Mindeststandard im Umgang mit Antragsstellern von Mitarbeitern in Ämtern „nicht immer eingehalten“ worden sei. Die Mitglieder von „Mut-Wehr“ hoffen, dass ihnen von Sozialverbänden, Kirchen oder öffentlichen Einrichtungen Räume zur Verfügung gestellt werden, in denen sie kreisweit zu Veranstaltungen einladen dürfen.

Stange, Kreistagsmitglied von „Ich tu's“, geht sogar einen Schritt weiter. Er möchte bei der Kreisverwaltung erwirken, dass seine Fahrtkosten, die bei der Hilfestellung entstehen, aus den Fraktionszuschüssen gezahlt werden. Kreissprecher Gerd Neuwirth verweist jedoch auf die Landkreisordnung, die die Gründe für erstattungsfähige Reisekosten regelt. Eine Erstattung dürfe nur erfolgen, wenn auf Einladung des Kreises Termine wahrgenommen wurden oder Reisekosten für Klausurtagungen oder Infofahrten angefallen sind. **Ricarda Helm**



Jürgen O. Stange mit Monika Norek und ihrer Tochter Vanessa, die jetzt wieder lachen kann. Der Polin wurden die Zahlungen durch die Arge eingestellt. Dank der Unterstützung von „Mut-Wehr“ erhielt sie ihr Geld rückwirkend zurück. M Foto: Helm